

Humboldts Erben

Autor(en): **Scheer, Jens**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **5 (1983)**

Heft 19

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-653435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jens Scheer

Humboldts Erben

Bonjour tristesse, good bye Wilhelm von Humboldt!

Im Rückblick auf unsere Zeit wird man später einmal wohl festzustellen haben: Die Aufkündigung der Idee der deutschen Universität, jener unaufhaltsame Wandel zur bürokratisch gelenkten, technokratisch rationalisierten Lernvollzugsanstalt ist endgültig im Zeichen einer konservativen Tendenzwende vollzogen worden, die in den Siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts sich anbahnte und in den Achtziger Jahren zur Exekution gelangte.

Als die letzten aber, die an die ehrwürdige Idee der Universität und an Humboldt glauben, würden in solchem Rückblick ausgerechnet jene „linken“ Rebellen von 68 sich zeigen, die – wie verquer im einzelnen immer – den „Fachidioten“ den Krieg erklärten und für „forschendes Lernen“ auf die Barrikaden gingen.

Christian Graf v. Krockow

In der Tat – im Rückblick zeigt sich, daß wir im Kampf um Wissenschaft und Bildung mehr Humboldtsche Ideale mit uns trugen, als den meisten von uns 1968 und später wohl bewußt war. Die damalige Losung von der „gesellschaftlichen Relevanz“, verstanden als „Wissenschaft im Dienste des Volkes“, hatte als Gegner zunächst allerdings gerade die Ordinarien. Diese verstanden sich mit ihrem Wissenschaftsbetrieb, der gesellschaftliche Bezüge bewußt ausklammerte, besonders als Bewahrer der deutschen Universitätsideale. Wenn wir darauf pochten, daß sich die Wissenschaft unmittelbar am gesellschaftlichen Nutzen zu orientieren hätte, und dazu auf die Inbesitznahme der chinesischen Universitäten durch Arbeiter und Bauern verwiesen, so hatte das zunächst wenig mit Humboldt zu tun.

Allerdings schwang in der Losung „gegen das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse durch den Sturz ihrer Ausbeuterordnung“ schon die Ansicht mit, daß es um mehr ging als um eine Umorientierung der Anwendungen der Wissenschaften, nämlich um „Vermassung von Bildungsgütern“. Damit wurde die Auffassung verbunden, daß eine Teilhabe aller an umfassender Bildung, wie sie Humboldt sah, im herrschenden System nicht zu erreichen sein würde.

Sehr bald stießen wir darauf, daß die Art und Weise, wie der herrschende Wissenschaftsbetrieb zur ideologischen Stabilisierung des Systems beitrug, aus Verfälschung der Wahrheit, Dogmatisierung bestand, also den hehren Idealen der Universität diametral entgegengesetzt war.

Pluralismus als Kampf begriff

Das war ganz deutlich in den Sozialwissenschaften: Entsprechend den Grundsätzen des KPD-Verbotsurteils von 1958 wurde die Auffassung, daß in Fragen der Gesellschaft die Wahrheit erkennbar und mit ihr die Gesellschaft veränderbar sei, illegalisiert. Dies ging in scheinbar friedlich-harmloser Form vor sich: Es hieß, an den Universitäten sollte Pluralismus herrschen, ein friedliches Nebeneinander verschiedener

Schulen, die sich darin einig waren, daß keine den „Stein der Weisen“ besitze, keine die gesellschaftliche Wirklichkeit letztlich erklärbar und verstehbar machen könne. De facto hieß das aber, daß genau die keinen Platz haben durften, die, gestützt auf Marx und Lenin, ausgehend von der Klassenspaltung der Gesellschaft, daran gingen, die Wirklichkeit tatsächlich zu verstehen und sie zu verändern. Gegenüber diesem Bemühen um Erkenntnis nahmen die scheinbar so undogmatisch-pragmatischen Auffassungen immer mehr den Charakter von Doktrinen an, die sich der eigentlichen Aufgabe der Wissenschaft, Wahrheit zu erkennen, immer mehr entgegenstellten. Treffend sprach Margherita v. Brentano vom „Pluralismus als Kampf begriff“. Dieser Prozeß wurde freilich dadurch ungemein erleichtert, daß in Osteuropa ein nicht minder dogmatisches Lehrgebäude unter der Bezeichnung „Marxismus-Leninismus“ errichtet worden war.

Kritik der Wissenschaftsverwertung durch forschendes Lernen

Stieß so die Kritik der Sozialwissenschaften rasch dazu vor, ihr Wesen und nicht nur ihre Anwendungen als bestimmt durch das herrschende System zu erkennen, blieb die Kritik der Naturwissenschaften hilflos auf die Anwendungen beschränkt. Erst im Laufe der siebziger Jahre, vor allem gefördert durch den Kampf gegen die Atomenergie, keimte auch hier die Erkenntnis, daß die Monopolisierung vor ihr nicht Halt macht, daß ganze Lehrgebäude wie Strahlenwirkung und Reaktorsicherheit durch Doktrinen geprägt wurden und sich immer mehr von der Wirklichkeit entfernten.

Blieb die Kritik an der Naturwissenschaft auch unvollständig,



Studentenparole 1969 in Berlin

so war doch für alle Wissenschaftsbereiche klar, daß die Abschottung der verschiedenen Disziplinen untereinander und vor allem vor gesellschaftlichen Fragen, das „Fachidiotentum“, eine Beschränkung der Wirklichkeitserkenntnis zur Folge hatte, und daß insbesondere die Trennung von Forschung und Lehre sowie die Vermittlung eines festgefügtten Wissenskanons dazu führen sollte, fachlich eingeschränkte und politisch fungible, also beliebig verfügbare und verwendungsfähige Absolventen der Universitäten zu produzieren.

Aus letzterer Kritik entsprang die Idee des Projektstudiums, denn Ausbildung sollte sich orientieren an der interdisziplinären Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Probleme. Dabei verbot sich von vornherein das individuelle Erlernen und Reproduzieren des Wissenskanons, vielmehr ging es um das Erlernen von Methoden der Wissensverarbeitung, und zwar im Kollektiv mit anderen. In der Auseinandersetzung mit ernsthaften Forschungsproblemen (und nicht in scheinhaftem spielerischen Nachvollziehen früherer Forschungen) bestand für uns die Konkretisierung der Losung vom „forschenden Lernen“.

Unheilige Allianz mit der Sozialdemokratie

Solche Intentionen der 68er Rebellion liefen nun teilweise und zeitweise parallel mit Intentionen der Sozialdemokratie, die Universitäten im Interesse der entwickelten Monopolbourgeoisie zu modernisieren. Zentraler Kritikpunkt war, daß die individuellen Formen der „Ordinarienrepublik“ mit ihren unkoordinierten und unkoordinierbaren Klein-Königreichen eine planmäßige und direkte Unterordnung der Forschung unter die Interessen des Monopolkapitals behinderten. Hinzu kam die Dysfunktionalität der Ausbildung. In seiner Abgewandtheit von gesellschaftlichen Fragen lieferte der Lehrbetrieb Absolventen, die den modernen Anforderungen des Kapitals nicht gewachsen waren. Weiterhin kam seitens der SPD-Regierung die Überlegung, daß der wissenschaftlichen Unproduktivität verknöchert Ordinarier dadurch beizukommen sei, daß zumindest jüngeren Wissenschaftlern – wenn auch nicht Studenten – ein Mitspracherecht in der Forschung eingeräumt wurde. Dabei berührten sich die mehr ständisch orientierten Assistenteninteressen mit den Demokratisierungsinteressen vieler Studenten.

So kam es zu der „unheiligen Allianz“ zwischen rebellischen Studenten (und Assistenten) und der SPD unter Losungen wie „*Entmachtung der Ordinarien, Demokratisierung der Hochschulen, Berufspraxisorientierung der Ausbildung*“. Jede Seite versuchte dabei, die andere für sich auszunutzen – wir versuchten, möglichst viel Handlungsspielraum für emanzipatorische Wissenschaft abzusichern.

Das Beispiel Bremen

Die frühen Bremer Studien- und Prüfungsordnungen sind dafür ein Beispiel. So sehr uns auch klar war, wie wenig mit Formalien getan war – stammten doch die formalen Kriterien „unseres Projektstudiums“ fast wortgleich aus dem amerikanischen Management. Die wenigen glücklichen Jahre projektorientierter Forschung und Ausbildung, aus denen Arbeiten wie Atomenergiekritik und Aufdeckung von Trinkwasservergiftung hervorgingen, waren ein Ergebnis dieses Konzepts. Die SPD dagegen hatte, was nun wohl längerfristig als „Bremer Modell“ bestehen bleiben wird, die total administrierte und bis ins inhaltliche Detail gelenkte Staatsuniversität zum Ziel. Zugleich wurde damit die Integration des größten Teils der ehemals rebellischen Intellektuellen, die als „Neue Ordinarien“ eine rela-

tive Autonomie mit der Einfügung in staatlich verfügte Planungskonzepte bezahlten, erreicht. Für letzteres ist die Bremer Physik kennzeichnend: Durch die staatliche Drohung, den Studiengang zu schließen, kirregemacht, waren nahezu alle Professoren bereit, zur Rettung ihrer Forschungsinteressen einer diktierten Studienordnung zuzustimmen, die an Formierung und Repressivität diejenige anderer Universitäten übertrifft und bereits eine Vorreiterrolle gegenüber anderen Universitäten erfüllt. Zugleich werden die Professoren durch groteske Drosselung ihrer universitären Forschungsmittel auf Kooperation mit der regionalen Industrie verwiesen, was durch die Tatsache besondere Brisanz erhält, daß Bremen einen der vier Schwerpunkte der Rüstungsindustrie in der BRD darstellt.

Das Beispiel Atomenergie

Zur Abrundung des Bildes sei angemerkt, daß in der überregionalen Wissenschaftslenkung offenbar ein Nebeneinander von staatlichem Dirigismus und verknöchert-bornierter Erbhofmentalität der tonangebenden Bonzen herrscht. Dies zeigt sich beispielhaft an der praktisch vollständigen Abschmetterung von Kollegen, die den etablierten, der Atomindustrie aber sehr genehmen Ansichten zur Ökologie radioaktiver Stoffe und zur Strahlenwirkung entgegenlaufen. Gerade in diesem Bereich wird ganz deutlich, daß es nicht um die Erkenntnis von Wahrheit, sondern um die Absicherung herrschender Doktrinen geht. Besonders deutlich ist auch, wie das herrschende Establishment der BRD selbst gegenüber Erkenntnissen, die sich in den USA weitgehend durchgesetzt haben, die Augen verschließt. Sinnfällig wird die „Dogmatisierung der Naturwissenschaften“, wenn in der „Radioökologieverordnung“ nachweislich von der Bürokratie veraltete und falsche Zahlenwerte festgelegt werden, mit denen dann offizielle Gutachter die radioaktive Belastung durch atomtechnische Anlagen berechnen müssen. Oder noch drastischer, wenn „zulässige Unfallabläufe“ im Zuge der Standardisierung der Genehmigung von Atomanlagen behördlicherseits festgelegt werden!

Kein Grund zur Tristesse?

Wenn also eine unvoreingenommene, nur an der Erkenntnis der Wahrheit orientierte Forschung unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich ist, dann gilt das genauso für die Bildung. Dabei beschränkt sich die Kritik ja nicht nur auf die Züchtung bornierter „Rezeptanwender“ im Kurzstudium und loyaler „Rezeptmacher“ im elitären Langstudium. Die Kritik am „fungiblen Fachidioten“ weist ja weiter auf eine auf die Erkenntnis von Wahrheit gegründete „Befreiung von unbegriffenen Mächten“, auf eine umfassende Bildung aller Menschen als Voraussetzung ihrer allseitigen Entfaltung.

Was bleibt also an den Universitäten für diejenigen zu tun, die sich nicht in das Konzept der Herrschenden einplanen lassen wollen und deshalb ihrer Arbeitsmöglichkeiten mehr und mehr beraubt werden? Für Forschung und Lehre gilt zum einen natürlich, jede noch verbliebene Möglichkeit, wissenschaftlich „dem Volke zu dienen“, zu nutzen und zu verteidigen. Zum anderen muß aber in der Kritik am herrschenden Wissenschaftsbetrieb seine notwendige Beschränktheit aufgewiesen werden. Dies sind bescheidene Beiträge dazu, daß zumindest Humboldts Ideale einst für alle Wirklichkeit werden, denn dazu muß sich einiges mehr ändern als der Universitätsbetrieb. Mit dieser Perspektive ist also kein Grund zur Tristesse vorhanden.